

AUSZUG

aus der 30. Sitzung des Rates
am Montag, dem 18.02.2019.

13 Antrag der GRÜNEN-Fraktion auf Aussetzung der Grundschulentscheidungen

RM Kißling bedankt sich zunächst bei den Ratsmitgliedern dafür, dass sie für eine Beratung der Angelegenheit in dieser Sitzung votiert haben. Sie erläutert, dass es ihrer Fraktion nicht um die Aufhebung des Beschlusses, sondern vielmehr darum gehe, die Entscheidung nochmal zu überdenken. Der deutliche Protest aus der Elternschaft habe sie nachdenklich gemacht. Es sei für eine zukunftsfähige Schule keine gute Grundlage, gegen die Elternschaft zu entscheiden. Die aktuellen Elternargumente, die damals zum Teil nicht vorlagen, seien im Fachausschuss nicht bzw. nicht ausreichend bewertet worden und sollten nicht ungeprüft bleiben. Auch sei die Umsetzung des baulichen und pädagogischen Konzepts in der Beratung zu kurz gekommen. Die Pläne der biregio haben sich ihrer Meinung nach mehr auf die Raumaufteilung bezogen, wobei z.B. ein möglicher Teilabriss kaum in Erwägung gezogen wurde. Sie hoffe nun auf eine kooperative, transparente und ergebnisoffene Überprüfung des damaligen Beschlusses.

Die CDU habe sich die damalige Entscheidung nicht leicht gemacht, so RM Schulze Lefert. Es seien die Argumente aller Beteiligten umfangreich diskutiert und beraten worden. Da die Vorteile für eine Zusammenlegung überwogen haben, sei das Ergebnis dieses Prozesses der einstimmige Beschluss für eine Grundschule gewesen.

Bei einer großen Schule ist das bisher teilweise stark schwankende Anmeldeverhalten der Eltern durch eine optimale Verteilung der Schüler auf dann kleinere Klassen möglich, so RM Schulze Lefert weiter. Zudem stehe zukünftig mehr Fläche zur Verfügung, die auch der OGS zugutekomme, die dringend mehr Platz benötige. Ihre Fraktion habe in der Vergangenheit die Bedenken der Eltern ernst genommen und werde dies auch zukünftig tun. Man solle nun die sich ergebene Chance nutzen und sich zügig gemeinsam mit allen Beteiligten an die weiteren Planungen und die Zusammenführung der beiden Schulen begeben. Da sich am Sachverhalt nichts geändert habe, werde ihre Fraktion den Antrag der Grünen ablehnen.

RM Germing als Vorsitzender des Schulausschusses trägt vor, dass sich der Schulausschuss und auch der Rat insgesamt 14mal in öffentlichen Sitzungen intensiv mit der Thematik beschäftigt haben. Von einer unbedachten und leichtfertigen Entscheidung könne also keine Rede sein. Die Grünen haben seinerzeit die Idee einer gemeinsamen Schule eingebracht und so die Diskussion entfacht, so RM Germing weiter. Im Laufe des Prozesses sei dann zunächst der Beschluss über den Umzug der Johannesschule in die Hauptschule einstimmig gefasst worden, der auch vom Kollegium und von den Eltern als positiv bewertet wurde. Später sei dann nach sorgfältiger Abwägung aller Argumente und unter Beteiligung der Lehrer, der Eltern, der Schulrätin und weiterer Fachleute die einstimmige Entscheidung für eine gemeinsame Schule gefasst worden, worüber die Eltern vorab in einem Elternbrief ausführlich informiert wurden. Jetzt sollten sich auf der Grundlage dieser Beschlüsse, an denen die CDU festhalte, auch die Eltern mit einbringen und an der Gestaltung einer guten Schule mitwirken.

RM Kißling stellt in Frage, ob die Gründe gegen eine gemeinsame Schule genügend gehört wurden. Die Grünen seien nicht gegen eine Schule, möchten die Entscheidung aber nochmal überprüfen. Sie stelle sich die Frage, ob es Sinn mache, an dieser Stelle weiter zu arbeiten, wenn die Eltern nicht mitgehen.

Auch die SPD halte an dem Beschluss fest, so RM Reifig. Die Fraktion habe sich intensiv mit der Thematik beschäftigt und sei zu dem Schluss gekommen, dass eine gemeinsame Schule viele Möglichkeiten zum Wohle der Kinder biete. Es könnten gute Arbeitsbedingungen für Leh-

rer und ausreichend Räumlichkeiten für außerschulische Partner geschaffen werden. Sie begrüße es, dass nun mit dem Planungsprozess begonnen werden könne und sehe im folgenden Gestaltungsprozess eine gute Chance, zu einer Schule der Zukunft zu kommen. Sie sei zuversichtlich, dass unter Einbeziehung aller Beteiligten ein gemeinsames gutes Ergebnis erzielt werden kann, wobei für sie der Zeitpunkt der Fertigstellung sekundär sei.

Die UWG habe nach langen Diskussionen für die Zusammenlegung der beiden Grundschulen gestimmt und werde an diesem Beschluss festhalten, so RM Reer. Jetzt müsse mit der Arbeit begonnen und gemeinsam mit allen Beteiligten entsprechende Konzepte ausgearbeitet werden.

RM Schneider stellt nochmals klar, dass die Entscheidung nicht zurückgenommen, sondern ausgesetzt werden soll, um die Sachlage neu zu bewerten. Eine Entscheidung gegen eine große Zahl von Eltern zu treffen, sei nicht sinnvoll. Wenn man gemeinsam mit den Eltern zu der Entscheidung für eine Schule käme, sei das sicherlich besser. Zudem hätten die Grünen damals lediglich die Frage in den Raum gestellt, ob eine gemeinsame Schule nicht sinnvoll sei, mehr nicht.

Die Politik habe die Rahmenparameter für eine gute Schule gesetzt, so RM Große Wiedemann. Die Eltern, deren Beteiligung im Laufe des Prozesses unterschiedlich stark gewesen ist, sollten nun die Chance nutzen und sich entsprechend einbringen.

BM Paus erinnert daran, dass die Erarbeitung des pädagogischen Konzeptes Aufgabe der Schule sei. Seiner Auffassung nach befinden sich die zwei Kollegien, die bisher bewusste eigene Wege gegangen sind, auf dem richtigen Weg und seien dabei, zusammen zu finden. Unter Beteiligung der beiden Schulentwicklungsbegleiter sei bereits ein Lenkungsausschuss gebildet worden.

Beschluss:

Der Beschluss vom 09.07.2018 zur Zusammenlegung der beiden Grundschulen wird ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür, 20 dagegen, 0 Enthaltung(en)

- BM / FB I -